

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

heute möchte ich Ihnen einen Überblick über die Themen der vergangenen parlamentarischen Sitzungswoche geben. Dabei informiere ich Sie über die Erinnerungsveranstaltungen zum 17. Juni, den Beitritt Lettlands zum Euro, die Förderung Deutscher Auslandsschulen und die Verlängerungen zweier UN-Militärmissionen mit deutscher Beteiligung. Ferner gebe ich Ihnen wie gewohnt einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr



Egon Jüttner

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. [Erinnerung an den 17. Juni wachhalten](#)
2. [Beitritt Lettlands zum Euro](#)
3. [Gesetz über die Förderung Deutscher Auslandsschulen](#)
4. [Verlängerung des UNIFIL- und des MINUSMA-Einsatzes](#)
5. [Relevantes aus Mannheim und der Region](#)



GABRIEL, DER GEISTERFAHRER

1. Erinnerung an den 17. Juni wachhalten – Dank und Gedenken

Der Bundestag hat in dieser Woche des 60. Jahrestages des Volksaufstands in der DDR am 17. Juni 1953 gedacht. An diesem Tag gingen über eine Million Menschen in über 560 Städten und Gemeinden in der DDR auf die Straße, um für Freiheit, Demokratie und Einheit zu demonstrieren. Der Ruf nach Freiheit brach sich Bahn – gerade einmal vier Jahre nach der DDR-Gründung war der Staat bereits moralisch bankrott. Er war von der Bevölkerung nie wirklich angenommen. Die Herrschaft der Sozialistischen Einheitspartei haben die Bürger der DDR nur ertragen, nie aber getragen. Die Staatsführung wußte zwar um die schlimmen Folgen ihrer Politik, denunzierte den Protest dagegen aber als „*faschistischen Putschversuch*“. Nur mit Hilfe sowjetischer Panzer überlebte das Regime den Volksaufstand am 17. Juni 1953.

Wir dürfen nicht vergessen – weder diejenigen, die mutig für Freiheit aufstanden, noch das, wogegen sie protestierten. Die DDR war von Beginn an ein Willkür- und Repressionsstaat. Menschenrechte spielten im SED-Staat keine Rolle. Deswegen dürfen wir es nicht unerwidert lassen, wenn der Diktaturcharakter der DDR und die Folgen für die Menschen verharmlost werden, wenn diese Diktatur als lustiges Kostümfest Auferstehung feiert. Es darf keinen Schlußstrich unter die Aufarbeitung des SED-Unrechts geben.

Der 17. Juni 1953 war ein Tag der Freiheit und markiert den Beginn einer ganzen Reihe von verzweifelten Versuchen der Menschen in Osteuropa, sich zu befreien. Doch auch die Aufstände in Ungarn und in der Tschechoslowakei wurden brutal niedergeschlagen. Auf Dauer aber ließ sich der Wille der Völker zur Freiheit nicht brechen – sie entran den Regimen die Macht, zunächst in Polen und Ungarn, schließlich auch in der DDR.

Wir sind und bleiben überzeugt von der Kraft der Freiheit. Gerade wir Deutschen wissen, wie wichtig diese Freiheit ist. Spätestens seit dem 18. März 1848 steht das Streben nach ihr im Zentrum unserer Geschichte. Dieses Streben ist verknüpft mit dem 17. Juni 1953, dem Tag des Mauerbaus am 13. August 1961 und dem Tag ihres Falles am 9. November 1989. In der Folge konnte Deutschland als Ganzes in den Kreis der freien Völker Europas zurückkehren.

Auch deswegen ist der 17. Juni für uns ein wichtiger Tag. Mit einem beeindruckenden Festakt im „Tränenpalast“, dem neuen Museum in der ehemaligen deutsch-deutschen Grenzabfertigungshalle an der Friedrichstraße, wurde zusammen mit Zeitzeugen ein besonderer Akzent zum 60. Jahrestag dieses Volksaufstandes gesetzt. Auf Anregung der CDU/CSU in der letzten Wahlperiode ist der Deutsche Bundestag zu einem Festakt zusammengekommen. Die Gedenkveranstaltung fand am 14. Juni im Plenarsaal des Deutschen Bundestages statt.

2. Antrag Lettlands auf Beitritt zur Wirtschafts- und Währungsunion und Einführung des Euros als Umlaufwährung

Im Rahmen eines fraktionsübergreifenden Entschließungsantrags hat der Bundestag in dieser Woche mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, FDP und GRÜNEN die Einführung des Euro in Lettland vom 1. Januar 2014 an unterstützt. Die Republik Lettland hat beantragt, der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion beizutreten und den Euro als Umlaufwährung einzuführen. Europäische Kommission

und Europäische Zentralbank kommen zu dem Ergebnis, daß Lettland die Beitrittskriterien des Vertrages für Maastricht vollständig erfüllt. Innerhalb von fünf Jahren hat Lettland sich mit großer Disziplin aus der Krise von 2008 zu einem wirtschaftlich stabilen und wettbewerbsfähigen Mitgliedsstaat entwickelt. Die IWF-Kredite wurden vollständig zurückgezahlt. Auf den Exportmärkten gewinnt Lettland kontinuierlich Marktanteile. Die Republik Lettland hat unter Beweis gestellt, daß Haushaltskonsolidierung die Wettbewerbsfähigkeit verbessert und dauerhaftes Wirtschaftswachstum schafft. Lettland wird das 18. Land sein, das den Euro als Zahlungsmittel einführt.

3. Gesetz über die Förderung Deutscher Auslandsschulen (ASchulG)

In zweiter und dritter Lesung hat die christlich-liberale Koalition beschlossen, die Förderung der deutschen Auslandsschulen auf eine verlässlichere, transparentere und modernere Grundlage zu stellen. Dies führt zu einer Absicherung der Auslandsschulen, deren Existenz bisher neben einer Rahmenvereinbarung der Länder nur durch das jeweilige Haushaltsgesetz abgesichert wurde. So stellen wir sicher, daß die positive kulturelle Diplomatie, die die Schulen für Deutschland leisten, eine angemessene Absicherung erhält. Deutsche Auslandsschulen sind insbesondere für deutsche Familien, die für einige Jahre im Ausland leben, eine sehr wichtige Einrichtung. Gleichzeitig ermöglichen sie Einheimischen, das qualitativ hochwertige deutsche Schulsystem kennenzulernen und bieten die Gelegenheit, bereits Kinder an die deutsche Kultur und Lebensweise heranzuführen. Die deutschen Auslandsschulen sind ein nicht zu unterschätzender Multiplikator für unser Land und wir haben ein großes Interesse an deren finanzieller Ausstattung.

4. Fortsetzung der deutschen Beteiligung an Auslandsmissionen

United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL)

Der Bundestag hat in dieser Woche die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) beschlossen. Der UNIFIL-Einsatz wird nun bis 30. Juni 2014 verlängert. Neben der Kontrolle der Seewege beteiligt sich Deutschland auch an der Ausbildung der libanesischen Marine. Ziel ist es, die libanesischen Streitkräfte zu befähigen, die Seewege eigenständig zu kontrollieren. Die entsandte Truppenstärke beträgt 300 Soldatinnen und Soldaten. Gerade in einer Zeit, in der sich die Lage in der Region verschärft, ist unser Beitrag zur Stabilisierung des Libanon auch für Israel von großer Bedeutung. Der Libanon, an sich schon aufgrund seiner überaus heterogenen Bevölkerungsstruktur ein äußerst fragiles Staatsgebilde, wird durch den Bürgerkrieg in Syrien und einen großen Flüchtlingsstrom zusätzlich geschwächt. Die libanesischen Streitkräfte müssen so ausgebildet werden, daß sie die permanenten Angriffe auf die territoriale Integrität des Libanon abwehren können.

Multidimensionale Integrierte Stabilisierungsmission in Mali (MINUSMA)

Ebenso wurde in dieser Woche die Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Beteiligung an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission in Mali (MINUSMA) auf Grundlage der Resolution 2100 (2013) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 25. April 2013 beschlossen. Dieser Beschluß geht auf einen Antrag der Bundesregierung zurück. Die Mission ist auf maximal 150 Soldatinnen und Soldaten beschränkt und zeitlich bis zum 30. Juni 2014 befristet. Malis territoriale Integrität ist derzeit durch

islamistische Terroristen bedroht, die große Teile der spärlich besiedelten Wüstengebiete und dort lebende Nomadenvölker wie beispielsweise die Tuareg unter ihre Kontrolle gebracht haben. Ziel der Mission ist unter anderem die Stabilisierung wichtiger Bevölkerungszentren vor allem im Norden des Landes sowie die Wiederherstellung der staatlichen Autorität, aber auch Förderung und Schutz der Menschenrechte.

5. Neues aus Mannheim und der Region

Bundesunterstützung für die Sanierung der Kunsthalle

Der Bund beteiligt sich mit 250.000 Euro an der Sanierung der Mannheimer Sternwarte. Dies teilte mir der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister Bernd Neumann MdB, mit. Die Sternwarte ist ein Juwel im Mannheimer Stadtbild. Die Unterstützung durch Staatsminister Neumann leistet eine enorm wichtige Anschubfinanzierung, um die Sternwarte wieder in altem Glanz erstrahlen zu lassen. Ich bin froh, daß ich auf den Hinweis des Landesamtes für Denkmalschutz so schnell reagieren konnte und Mannheim damit eine hilfreiche Summe für die Denkmalpflege sichern konnte.

Nachdem ich bereits im Jahre 2011 buchstäblich in letzter Minute 200.000 Euro für die Sanierung der Kunsthalle aus dem Denkmalschutz-Sonderprogramm II gesichert habe, ist mir dies auch bei der Sanierung der Sternwarte gelungen, die jetzt im Rahmen des Denkmalschutz-Sonderprogramms IV gefördert wird. Am letzten Tag der Bewerbungsfrist erhielt ich vom baden-württembergischen Landesamt für Denkmalschutz den Hinweis, daß noch kein Antrag aus Mannheim eingegangen war. Dem kam ich sofort nach und wandte mich an Staatsminister Bernd Neumann. Von diesem erhielt ich die Nachricht, daß die Wissenschaftliche Kommission beim Staatsminister und am Mittwochabend auch der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages entschieden haben, daß sich der Bund mit 250.000 Euro an der Sanierung der Mannheimer Sternwarte beteiligt.

Denkmalschutz und Denkmalpflege sind zwar in erster Linie Aufgaben der Länder, der Erhalt wichtiger nationaler Kulturdenkmäler ist aber von jeher auch ein Schwerpunkt der Kulturpolitik des Bundes. Durch verschiedene Programme fördert der Kulturstaatsminister die Rettung und Sanierung gefährdeter Bau- und Kulturdenkmäler. Seit 2008 wurden neben den sonstigen Denkmalpflegeprogrammen bisher vier Denkmalschutz-Sonderprogramme mit insgesamt rund 125 Millionen Euro aufgelegt, durch die der Bund dringende Sanierungsarbeiten an bedeutenden Kulturdenkmälern ermöglicht. Diese zusätzlichen Bundesmittel, die durch Kofinanzierung in mindestens gleicher Höhe von Ländern, Kommunen, Eigentümern und engagierten Projektträgern ergänzt werden, kommen vor allem kleinen und mittelständischen Bau- und Handwerksbetrieben zugute.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: egon.juettner@bundestag.de

Internet: www.egon-juettner.de